



Kurzprotokoll der 37. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 14. Juni 2023, 14:30 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 4.400

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Aufarbeitung der SED-Diktatur und Erinnerung an
den 17. Juni 1953

Fachgespräch mit:

Dieter Dombrowski

Union der Opferverbände Kommunistischer
Gewaltherrschaft

Prof. Dr. Michael Hollmann und Alexandra Titze

Bundesarchiv

Dr. Anna Kaminsky

Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Evelyn Zupke

Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur
beim Deutschen Bundestag



Tagesordnungspunkt 2

Seite 18

a) Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof

Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2022 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Haushaltsrechnung und zur Vermögensrechnung 2021)

BT-Drucksache 20/4880

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Rechtsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verkehrsausschuss

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Helge Lindh [SPD]

Abg. Dr. Christiane Schenderlein [CDU/CSU]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Martin Erwin Renner [AfD]

Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]

b) Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof

Bemerkungen 2022 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes – Ergänzungsband –

BT-Drucksache 20/6530

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verkehrsausschuss

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Helge Lindh [SPD]

Abg. Dr. Christiane Schenderlein [CDU/CSU]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Martin Erwin Renner [AfD]

Abg. Jan Korte [DIE LINKE.]

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Mende, Dirk-Ulrich Müntefering, Michelle Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klößner, Julia Kriings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
DIE LINKE.	Korte, Jan	Sitte, Dr. Petra



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende** begrüßt und weist darauf hin, dass die Sitzung live ausgestrahlt und dauerhaft in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar sein werde. Sie erläutert Regeln zum Verhalten im Saal, geht auf organisatorische Fragen ein und informiert über den Ablauf der Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1

Aufarbeitung der SED-Diktatur und Erinnerung an den 17. Juni 1953

Fachgespräch mit:

Dieter Dombrowski

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft

Prof. Dr. Michael Hollmann und Alexandra Titz Bundesarchiv

Dr. Anna Kaminsky

Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Evelyn Zupke

Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag

Die **Vorsitzende** heißt die Gäste willkommen und betont die Bedeutung der Themenstellung. Der Ausschuss trage ihr Rechnung, indem er kein weiteres Schwerpunktthema aufgesetzt habe. Der 17. Juni 1953 jähre sich zum siebzigsten Mal. Ohne die mutigen Männer und Frauen, die damals auf die Straßen gegangen seien, säße man wohl nicht in einem wiedervereinten Deutschland zusammen. Es sei inzwischen allseits anerkannt, dass der damalige Volksaufstand den ersten Riss im DDR-System dargestellt habe. 1953 sei millionenfach gefordert worden, was die Demonstrantinnen und Demonstranten 1989 wieder aufgenommen hätten und was 1990 erreicht worden sei: das Ende der deutschen Teilung.

Zu den wichtigen Aufgaben des Deutschen Bundestages gehöre das Gedenken und Erinnern, das

Wachhalten von Geschichte und deren Bedeutung. Der 17. Juni 1953 sei einer der Punkte in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands von sehr hohem Wert.

Die Vorsitzende stellt die Gäste als Mitstreiter/-innen für das Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur vor und erläutert anschließend das zwischen den Fraktionen vereinbarte Format der Beratung. Sie skizziert den zeitlichen Rahmen und lädt die Gäste ein, Impulse für die Debatte zu setzen.

Evelyn Zupke (Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag) zeigt sich dankbar, dass der 70. Jahrestag des DDR-Volksaufstands durch viele Institutionen auf Bundes- und Landesebene begangen werde und die Schicksale der Opfer im Mittelpunkt stünden. Frau Zupke weist insbesondere auf die Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 16. Juni hin. Dann säßen auf der Ehrentribüne diejenigen, die in der DDR Widerstand geleistet und dafür einen hohen Preis gezahlt hätten. Wenn die Opfer in die Mitte der Demokratie gerückt würden, sei dies das stärkste Signal.

Es werde in diesen Tagen häufig über Opferzahlen des 17. Juni 1953 sowie der Repression in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR gesprochen. Diese Zahlen seien zwar wichtig, um die Dimension der Gewalt zu verstehen. Doch gerieten darüber die einzelnen Menschen schnell aus dem Fokus. Die Erinnerungs- und Gedenkkultur könne hier ansetzen.

Frau Zupke erinnert an den jungen Strausberger Bauarbeiter und angehenden Vater Heinz Grünhagen und schildert ausführlich dessen Schicksal: Er organisiert am 17. Juni einen Streik, wird später verhaftet, kommt ins Gefängnis und wird dort zu einem falschen Geständnis gezwungen. Als er nach dreieinhalb Jahren freikommt, rennt seine mittlerweile drei Jahre alte Tochter vor ihrem Vater weg. Diese Erinnerung begleite ihn und seine Familie bis heute. Der Schatten der SED-Diktatur reiche weit, die Auswirkungen seien für die Opfer bis in die Gegenwart spürbar.



Am folgenden Tag werde sie ihren Jahresbericht vorlegen. Darin mache sie konkrete Vorschläge, wie die Situation der Opfer heute verbessert werden könne. Es gehe darum, die Opfer vor Altersarmut und sozialer Schieflage zu schützen. Themen seien Gerechtigkeitslücken in Gesetzen, bisher nicht berücksichtigte Opfergruppen und verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden. Frau Zupke bittet die Abgeordneten, diesbezüglich insbesondere auf Rechtspolitikerinnen und Rechtspolitiker einzuwirken.

Am folgenden Tag werde der Bundestag auch über die Einrichtung eines Forums für Opposition und Widerstand beraten. Gerade die Opfer des frühen Widerstandes blieben zu häufig im Schatten. An der Stelle könne das Forum helfen.

Das Gesetz zur Errichtung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“, das vor zwei Jahren in Kraft getreten sei, nenne drei Orte, die in besonderer Weise für die Demokratieentwicklung in Deutschland stünden: Weimar, Frankfurt/Main und Bonn. Es fehle Leipzig als Ort der größten Demokratiebewegung auf deutschem Boden. Der dortige Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung in der DDR habe zur friedlichen Revolution geführt. Mit der Aufnahme Leipzigs in das Gesetz könne der Bundestag ein Zeichen setzen.

Dieter Dombrowski (Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, UOKG) dankt den Fraktionen, die in den vergangenen Jahren bei der Wahrnehmung von Interessen der SED-Opfer mitgewirkt hätten. In den Köpfen der Menschen, die die DDR erlebt hätten, bleibe diese präsent. Es sei weiterhin notwendig, Gedenken zu organisieren und in Rehabilitierungsfragen nachzuarbeiten. Das System habe derart tief in die Gesellschaft hineingewirkt, wie man es sich aus heutiger Sicht kaum vorstellen könne. Wer sich damit beschäftige, erlebe immer wieder Überraschungen und Neues.

Das Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sei auf einem guten Weg. Er freue sich, dass der Standort im Spreebogen im weitesten Sinne geklärt sei. Unter den ehemaligen Ostblockstaaten sei Deutschland das einzige Land,

das noch kein Mahnmal habe. Ein Mahnmal habe eine besondere Bedeutung. Auch bei bestem Willen und guter Aufarbeitung sei es unmöglich, jedes Unrecht auszugleichen. Es werde immer Menschen geben, die mit ihrer Situation haderten. Das Mahnmal solle kein Ort der Anklage, sondern ein Ort des Erinnerns und der Versöhnung sein. Allen Menschen, die Opfer von Gewalt und Unrecht geworden seien, sei wichtig zu verstehen, warum ihnen etwas angetan worden sei – neben dem Bedürfnis nach Bestrafung der Täter. Es sei wichtig, dass gesagt werde: „Es tut mir leid.“ Mit dem Mahnmal erweise die Gesellschaft jenen Respekt, die zu Schaden gekommen seien. Es sage: „Ihr seid nicht vergessen!“

Herr Dombrowski dankt für die Förderung durch die Bundesregierung und den regelmäßigen Austausch mit dem Ausschuss für Kultur und Medien. Allerdings habe man bei Fachthemen wie etwa der Rehabilitierung mit den Ressorts Soziales, Justiz und Finanzen zu tun. Vernetzung und Unterstützung sei wichtig. Eine große Hilfe sei die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke, die Themen für die Abgeordneten zusammenführe und aufbereite.

Prof. Dr. Michael Hollmann (Präsident des Bundesarchivs) sagt eingangs, dass die Aufgabe, die Unterlagen des DDR-Staatssicherheitsdienstes in das Bundesarchiv zu überführen, besonders ehrenwert sei. Hinzu komme, dass der Gesetzgeber das Bundesarchiv in diesem Zusammenhang mit zusätzlichen Aufgaben betraut habe, die über übliche Archivangelegenheiten hinaus reichten. Damit sei eine besondere Verantwortung verbunden. Für die folgenden Wochen kündigt Herr Prof. Dr. Hollmann einen ausführlichen Bericht über die zurückliegenden 700 Tage der Transformation an. Viele Erfolge könnten darin nachgezeichnet werden.

Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 habe im Bundesarchiv immer große Beachtung gefunden, da sowohl in den Beständen der Bundesrepublik Deutschland als auch der DDR reiches Material vorliege. Herr Prof. Dr. Hollmann verweist auf eine dreibändige Quellenedition des Historikers



Dr. Ronny Heidenreich, die die Vorgeschichte, den Verlauf und die Folgen des Aufstands vom 17. Juni 1953 auf besondere Weise dokumentiere. Bestände aus dem gesamten Bundesarchiv seien eingeflossen. Das Werk biete eine multiperspektivische Auseinandersetzung mit dem Ereignis, das nun auf eine andere Art nachvollziehbar werde. Hintergründe und Wechselwirkungen würden deutlich und verständlich.

In den folgenden beiden Tagen führe das Bundesarchiv eine Konferenz durch, bei der es auch um die Erforschung der internationalen Implikationen etwa im Rahmen der Nachrichten- und Geheimdienste gehe. Das Bundesarchiv könne in dem Bereich viel leisten, beispielsweise indem es der Forschung neue Bestände zugänglich mache.

Der Übergang der Stasi-Unterlagen in den Zuständigkeitsbereich des Bundesarchivs sei durchaus auch eine Belastung für sein Haus. Jedoch sei in den vergangenen zwei Jahren das Gefühl einer gemeinsamen Verpflichtung gewachsen. Der Prozess werde als ehrenvolle Last empfunden, man strenge sich an. Er sei stolz auf die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen.

Dr. Anna Kaminsky (Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) sieht in dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 den Höhepunkt des Widerstands gegen die kommunistische Diktatur in der DDR. Der Widerstand habe bereits unmittelbar nach 1945 eingesetzt. Er habe unzählige Verhaftungen nach sich gezogen, Zigtausende seien in die Gulags verschleppt worden, Hunderte seien bis 1953 in Moskau hingerichtet worden. Frau Dr. Kaminsky nenne einige Namen und sage, dass die meisten Schicksale bis heute unbekannt und nicht in die gesamtdeutsche Erinnerungskultur eingegangen seien.

Der 70. Jahrestag des Volksaufstands biete Gelegenheit, nicht nur auf die Diktatur in der DDR hinzuweisen oder die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur deutlich zu machen, sondern auch Versuchen entgegenzutreten, die Diktatur „weichzuspülen“. Mittlerweile machten Bücher Furore, in denen es nicht um den Alltag in der Diktatur, sondern um einen Alltag ohne

Diktatur gehe. Dem Schicksal der Opfer werde diese Sicht nicht gerecht. Publikationen der Bundesstiftung wie „Erschossen in Moskau“ und das Buch „Der kurze Sommer der Freiheit“ von Klaus-Rüdiger Mai holten diese Menschen aus dem Vergessen zurück.

Die Stiftung sehe ihre Aufgabe darin, historische Jahrestage als Motor der Erinnerungskultur zu nutzen und Bildungs- und Vermittlungsangebote zu unterbreiten, zum Beispiel Material für den Unterricht und Zeitzeugengespräche.

Der Schwerpunkt der Arbeit 2023 sei der Volksaufstand 1953 und die Erinnerung an Widerstand und Opposition in SBZ und DDR. Es gehe darum, an den Mut und die Zivilcourage der Menschen, aber auch an die Opfer zu erinnern. Mehr als die Hälfte der in diesem Jahr bundesweit geförderten Projekte der Stiftung widmeten sich diesen Themen. Frau Dr. Kaminsky verweise beispielhaft auf eine App zum 17. Juni, mit der Menschen sich auf Spurensuche begeben könnten, und eine Ausstellung gegenüber der Botschaft der Russischen Föderation in Berlin.

Sie halte es für die historische Bildungsarbeit für kontraproduktiv, den 17. Juni als Feiertag (wieder) einzuführen. Der Tag sei bereits ein nationaler Gedenktag. Er solle als „Denktag“ genutzt werden, um die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur für nachwachsende Generationen deutlich zu machen.

Die Stiftung habe als Symbol ihrer Arbeit die deutsche Fahne mit einem Loch in der Mitte gewählt. Es stehe für die größeren und kleineren schwarzen und weißen Löcher in der deutschen Geschichte, die im Verbund mit anderen Institutionen mit Wissen und Angeboten gefüllt würden.

Zum Abschluss verweise Frau Dr. Kaminsky auf die im Internet zu bestellende Ausstellung „Der 17. Juni kompakt“, das Bundesprogramm „Jugend erinnert“ und den Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten“.



Die **Vorsitzende** leitet in eine erste Fraktionsrunde über.

Abg. **Katrin Budde** (SPD) beginnt mit einem Dank, gerichtet an diejenigen, die hartnäckig mit ihr an dem Thema arbeiteten. Sie erinnert an ihren Start im Deutschen Bundestag. Damals, im Jahr 2017, habe sie erfahren, wie viele Themen der Erinnerungskultur und der Aufarbeitung der Geschichte im Bereich Kultur und Medien bearbeitet würden. Rehabilitierungsfragen, Stasi-Unterlagen-Behörde, Bundesarchiv und Stiftungen gehörten dazu. Die Aufgabe sei gewaltig. Sie habe jedoch viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden, mit denen sie gemeinsam viel erreicht habe.

Aus der 19. Wahlperiode seien speziell Abg. Gitta Connemann und Abg. Elisabeth Motschmann zu nennen. Häufig habe man in der vergangenen Wahlperiode mit der Opposition kooperiert und interfraktionelle Initiativen eingebracht. Abg. Budde verweist beispielhaft auf den Übergang der Stasi-Unterlagen-Behörde in das Bundesarchiv und auf das Amt der unabhängigen SED-Opferbeauftragten, das neu beim Deutschen Bundestag etabliert werden konnte.

Nach Vorgesprächen mit der Opferbeauftragten ohne sie, dass deren neuester Jahresbericht dem Parlament viel Arbeit beschere werde. Diese Arbeit sei aber notwendig und aller Ehren wert.

Abg. Budde dankt Opferverbänden und Einzelpersonen, die sich an die Abgeordneten gewandt und Probleme mit ihnen gemeinsam bearbeitet hätten. Die Fraktion der SPD sei sich der Größe der Aufgabe bewusst. Viel sei erreicht, viel bleibe zu tun. Die Geschichte sei noch jung, die Forschung fördere immer wieder neue Erkenntnisse zutage. Die Rehabilitierungsgesetze müssten alle paar Jahre evaluiert werden, um zugunsten der Opfer nachsteuern zu können. Vom Tätigkeitsbericht der SED-Opferbeauftragten erwarte sie insofern neue Anregungen für die Fraktionen.

Dank gebühre außerdem jenen, die sich hartnäckig für ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft einsetzen,

maßgeblich Dieter Dombrowski und Dr. Anna Kaminsky. Es habe lange gedauert, aber inzwischen sei es gelungen, einen Standort zu identifizieren, der die Forderungen der Opferverbände erfülle.

An Evelyn Zupke richtet Abg. Budde die Bitte, erste Forderungen an das Parlament zu formulieren, ohne ihrem Jahresbericht 2023 vorzugreifen. Das Bundesarchiv soll die größten Aufgaben konkretisieren.

Abg. **Dr. Christiane Schenderlein** (CDU/CSU) beginnt ebenfalls mit Dank. Der Einsatz für die Opfer der DDR sei wichtig, nicht zuletzt im politischen Raum. Der 17. Juni 1953 werde in der laufenden Woche als historisches Ereignis in vielen Veranstaltungen gewürdigt. Auch in den Wahlkreisen spiele das Ereignis eine bedeutende Rolle. Der Deutsche Bundestag befasse sich in mehreren Formaten mit dem 17. Juni 1953. Die Ausschusssitzung gehöre als wichtiges Zeichen dazu.

Der 17. Juni 1953 sei kein vergessener Gedenktag. Er sei wichtig für die gesamtdeutsche und für die europäische Erinnerungskultur, zumal inzwischen wieder russische Panzer durch Europa rollten.

Abg. Dr. Schenderlein verweist auf einen Antrag ihrer Fraktion (20/7188), der ins Plenum eingebracht und dort am 15. Juni diskutiert werde. Der Fraktion sei wichtig, dass das Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft und das Forum für Opposition und Widerstand zügig realisiert würden.

Von Dieter Dombrowski will Abg. Dr. Schenderlein wissen, wann er den ersten Spatenstich für das Mahnmal beziehungsweise welche konkreten Schritte er für das Projekt erwarte. Ob der Standort Spreebogen in Berlins Mitte mit allen Beteiligten abgestimmt sei, soll gesagt werden.

Die Einrichtung eines Härtefallfonds für die SED-Opfer sei zwar im Koalitionsvertrag vermerkt.



Allerdings seien die Zuständigkeiten bisher nicht geklärt. Der UOKG-Vorsitzende möge deshalb verdeutlichen, warum der Fonds für die Opfer so wichtig sei.

Abg. **Marlene Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) würdigt den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 als bedeutendes Ereignis für Opposition und Widerstand in der DDR. Er sei gleichzeitig eins der bedeutendsten Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte.

Vor zwei Tagen habe die Bundestiftung Aufarbeitung eine Studie veröffentlicht, aus der hervorgehe, dass ungefähr die Hälfte der Menschen in Deutschland nichts mit dem Datum 17. Juni anfangen könnten. Gebraucht würden also mehr politische Bildung und Wissensvermittlung nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene.

Was die Politik tun könne, um die großartige Arbeit der Stiftung Aufarbeitung verstärkt zu unterstützen, speziell im Hinblick auf die an Erwachsene gerichtete Wissensvermittlung, soll Frau Dr. Kaminsky sagen. Frau Zupke soll sich zur Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR äußern. Es gebe Firmen im Westen Deutschlands, die von dieser Zwangsarbeit profitiert hätten. Wie der Stand der Auseinandersetzung aussehe und wie die Politik helfen könne, ist hier die Frage.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD) knüpft an, dankt diversen Opferverbänden für ihr Engagement und verweist auf Erfahrungen aus dem Schulbetrieb. Im Geschichtsunterricht stelle der 17. Juni 1953 ein Randdatum dar. Es lohne daher, mit den Verantwortlichen in den Bundesländern zu sprechen, um eine Änderung zu erreichen.

Abg. Dr. Frömming spricht die Opferbeauftragte an und erklärt, sie habe sich einen Namen gemacht durch ihren Einsatz für erleichterte Antragsverfahren für die Opfer kommunistischer Gewalt. Eine Umfrage des Instituts für Demokratie Allensbach habe in diesem Jahr ergeben, dass nur 36 Prozent der Opfer einen Antrag auf Entschädigung gestellt hätten.

Zudem sei von den gestellten Anträgen fast die Hälfte abgewiesen oder nur teilweise akzeptiert worden. Im Koalitionsvertrag sei versprochen worden, Abhilfe zu schaffen. Ob Fortschritte festzustellen seien oder Schritte fehlten, soll Frau Zupke ausführen.

Dieter Dombrowski habe sich euphorisch geäußert, dass ein Standort für das Mahnmal für die Opfer gefunden sei. Abg. Dr. Frömming hält entgegen, dass der Deutsche Bundestag 2015 seinen ersten Beschluss zu diesem Mahnmal gefasst habe. Seit acht Jahren gebe es also Planungen und Gespräche. Ob der Standort nun rechtssicher ermittelt sei und wann der erste Spatenstich erfolgen könne, soll der Gast angeben.

Die **Vorsitzende** rät, die letzte Frage an die Bundesregierung weiterzugeben.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP) betont die Bedeutung des facettenreichen Themas und dessen Würdigung im Ausschuss.

Der 17. Juni sei Anlass für einen Dreiklang im Deutschen Bundestag, der mit der Ausschusssitzung eingeleitet werde, auf die zwei Plenardebatten und eine Gedenkstunde folgten. Das Parlament tue was es könne, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Ziel sei es nicht zuletzt, die junge Generation darauf aufmerksam zu machen, dass die gegenwärtigen Lebensbedingungen auf dem Mut und dem Engagement der Menschen in der Vergangenheit gründeten. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 sei blutig niedergeschlagen worden, er sei kein Erfolg für die Demokratie gewesen. Aber die damaligen Demonstrantinnen und Demonstranten hätten ein Beispiel für späteres Handeln gegeben.

In der DDR sei der Volksaufstand verdrängt und totgeschwiegen worden, in der Bundesrepublik habe er vage Hoffnungen auf eine deutsche Einheit ausgelöst. Im Westen sei am 17. Juni ein Feiertag begangen worden in dem Bewusstsein, dass es diesen Feiertag geben werde, solange die deutsche Einheit nicht vollendet sei.



Abg. Hacker greift die Anregung der Opferbeauftragten auf, Leipzig in die Reihe der Orte der Demokratiegeschichte aufzunehmen und rät, sich schnell mit dieser Aufgabe zu befassen.

An Herrn Prof. Dr. Hollmann richtet Abg. Hacker die Frage, wie es mit den zerrissenen Stasi-Unterlagen im Bundesarchiv weitergehen soll.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.) bezieht sich auf ihre Biografie und erklärt, dass sie in der DDR in Schule und Hochschule das dortige Geschichtsbild kennengelernt habe. Erst später sei sie mit ganz anderen Erzählungen über die DDR konfrontiert worden. Erst nach der Wende habe sie viele Fakten über stalinistische Verbrechen erfahren, habe sie Bücher und Dokumente dazu gelesen und mit anderen diskutiert. Diese Erfahrungen seien bis heute prägend.

Abg. Dr. Sitte bezieht sich auf ihren Wahlkreis Halle/Saale, wo am 17. Juni 1953 Tausende auf die Straßen gegangen seien. In den vergangenen 30 Jahren seien dazu Fernsehdokumentationen, Bücher und Ausstellungen erschienen. Es habe sich herausgestellt, dass am 17. Juni 1953 in Halle ganze Familien demonstriert hätten. Die Menschen hätten sogar ihre Kinder mitgenommen. Wichtig sei es, die Forschung weiter voranzutreiben und auf dieser Grundlage Aufklärung zu ermöglichen, die Eingang in Allgemeinwissen findet.

An das Bundesarchiv gewandt, erkundigt sich Abg. Dr. Sitte nach der Anwendung von § 32 StUG (Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik), in dem die Verwendung von Stasi-Unterlagen für die politische und historische Aufarbeitung geregelt sei. Inwieweit damit sozialwissenschaftliche Forschungsvorhaben ermöglicht würden, soll gesagt werden. Eine weitere Frage bezieht sich auf Akten, die die nationale Sicherheit der Bundesrepublik berühren. Solche Akten seien von Interesse, um neben der SED-Lesart zum 17. Juni 1953 auch die westliche Sicht einbeziehen zu können. Immerhin habe in dieser bewegten Zeit der Kalte Krieg für Jahrzehnte Fuß gefasst.

Die **Vorsitzende** bittet die Gäste in gleicher Reihenfolge zu antworten.

Evelyn Zupke (Opferbeauftragte) nennt als zentrale Forderung, die soziale Lage der Opfer zu verbessern. Die Opferrenten müssten deutlich erhöht und dynamisiert werden. Außerdem werde ein Härtefallfonds gebraucht. Sie werde diesen Bedarf in ihrem Jahresbericht noch einmal begründen, staune aber darüber, dass die Zuständigkeit für den Härtefallfonds zwischen den Ressorts noch immer nicht geklärt sei. Im Bereich der beruflichen Rehabilitierung dürften die Ausgleichsleistungen nicht länger abgesenkt werden, und die Bedürftigkeitsgrenzen gehörten unbedingt auf den Prüfstand. Es sei für die Betroffenen unerträglich, dass sie immer wieder ihre privaten Verhältnisse offenlegen müssten und für die Behörden viel zu aufwendig, die Nachweise zu prüfen.

Ihr wichtigstes Anliegen sei, dass die Quote der Anerkennungen als Opfer des DDR-Regimes erhöht werde, wenn es um verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden gehe. Es würden immer noch 80 Prozent bis 90 Prozent der Anträge abgelehnt. Verbessern könne der Deutsche Bundestag diese Situation vergleichsweise leicht, indem er sich an funktionierenden Regelungen aus dem Soldatenversorgungsgesetz orientiere. Diese Regelungen hätten sich bewährt, hier greife die Fürsorgepflicht des Staates für seine Soldatinnen und Soldaten. Für die Opfer der SED-Repression trage dieser Staat genauso Verantwortung, dazu habe er sich im Einigungsvertrag verpflichtet. Dort sei festgeschrieben, dass die Opfer der SED-Diktatur zu rehabilitieren seien, dass sie zu entschädigen seien und dass ihnen zu helfen sei.

Der 17. Juni fordere dazu auf, etwas für die Menschen zu tun, die sich der Diktatur in den Weg gestellt hätten. Viele lebten heute wegen ihrer gebrochenen Berufsbiografien in prekären sozialen Lagen. Aus Studien sei bekannt, dass fast die Hälfte der Opfer der SBZ-/SED-Diktatur heute an der Grenze zur Armut lebe. Es handle sich also um ein wichtiges Thema.

Die Allensbach-Erhebung, auf die sich Abg. Dr. Frömming beziehe, kenne sie nicht im Detail,



erklärt Frau Zupke. Sie wisse nicht, wie die Daten erhoben worden seien und wie der Kreis der befragten Personen definiert worden sei. In jedem Fall gelte, dass weiter verstärkt informiert werden sollte, damit Menschen Anträge auf Entschädigung stellten.

Nachbesserungsbedarf sieht die Opferbeauftragte im Bereich der Antragstellung bei zwei Schwerpunkten: bei verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden, wo die Situation desaströs sei, und im Bereich der strafrechtlichen Rehabilitierung jenseits von Haft. Für diejenigen, die in Haft gewesen seien, funktioniere die Rehabilitierung relativ einfach, weil die Kriterien klar seien. Problematisch sei die Lage jedoch nach wie vor im Bereich der Heimkinder, weil oft die Jugendhilfeakten herangezogen würden. Gerichte verstünden immer noch nicht, dass die Jugendhilfe in der DDR Teil des Repressionsapparates gewesen sei und willkürlich gehandelt habe. Die beurteilenden Richter zögen den politischen Teil dieser Akten nicht heran. Ihr begegneten in diesem Zusammenhang dramatische Schicksale. Auch bezüglich der Antragstellung gebe es noch Defizite, die abgebaut werden müssten.

Beim Thema Haftzwangsarbeit gebe es Licht und Schatten. Sie kämpfe in der Sache gerade gemeinsam mit Herrn Dombrowski, wolle aber im Ausschuss wenig sagen, um nicht vorzugreifen. Für die nächsten Tage seien dazu Veröffentlichungen geplant. Allgemein könne sie berichten, dass sie sich mit einigen Unternehmen getroffen habe. Im Bereich der Energiewirtschaft habe sie beispielsweise erreicht, dass Nachfolgefirmer bereit seien, sich mit diesem Teil der Firmengeschichte auseinanderzusetzen. Man suche gemeinsam nach Lösungen.

Es gebe aber natürlich auch Firmen, die sich die Frage nach dem Nutzen, den sie aus dem Geschäft mit einer Diktatur gezogen hätten, nicht gerne stellen ließen. Selbst wenn die Forschungslage sehr gut sei, gebe es viel Widerstand. Sie sei sehr gespannt, wie sich die nächsten Wochen und Monate entwickelten, weil es sich weiterhin um ein großes Anliegen der Betroffenen und der Opferverbände handle.

Es gebe auch Firmen in staatlichem Eigentum – wie die Deutsche Bahn – die profitiert hätten. Sie habe sich dazu an das Bundesfinanzministerium gewandt. Die Humboldt-Universität zu Berlin arbeite aktuell an einer Studie zur Zwangsarbeit. Wenn die Ergebnisse dieser Studie vorlägen, werde es ein Treffen geben, um zu prüfen, was von Seiten des Bundes noch getan werden könne. Für sie sei es selbstverständlich, dass der Bund mit gutem Beispiel vorangehen sollte.

Dieter Dombrowski (UOKG) geht auf das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus ein und äußert sich optimistisch im Hinblick auf den Standort. Der UOKG liege daran, dass das Projekt zügiger vorankomme. Der Deutsche Bundestag könne keine Mittel bereitstellen, solange nicht klar sei, wo dieses Mahnmal seinen Platz finden werde. Mindestens eine Ausschreibung im laufenden Jahr wäre schön. Leider reiche es nicht, dass Bund und Land ihre politische Absicht zum Standort bekundet hätten. In Berlin entscheide am Ende der Bezirk. Der habe immerhin selbst seinen präferierten Standort im Spreebogen benannt.

Eine Schwierigkeit ergebe sich daraus, dass am ausgewählten Platz für das Denkmal ein künstlerisch gestalteter Tempel existiere, der zwar wenig bekannt sei und auf den der Bezirk verzichten könne. Trotzdem müsse mit dem Architekten verhandelt werden, aber sicher werde am Ende eine Lösung gelingen. Zwar sei Euphorie fehl am Platz, aber nach Jahren freue er sich, dass man weiter als je zuvor gekommen sei. Es habe seinerzeit funktioniert, dass die damalige Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) die Bundesstiftung Aufarbeitung und die UOKG beauftragt habe, ein Konzept für das Mahnmal zu entwerfen. Auch die Arbeit mit dem Beirat im Hinblick auf Inhalte und Zielsetzung des Projekts laufe reibungslos. Niemand werde ausgegrenzt, niemand gezwungen, sich als Opfer zu fühlen, und es werde auch nicht Anklage erhoben. Ziel sei es vielmehr, dass eine Gesellschaft Respekt zolle. Entstehen solle ein Ort des Verständnisses und der Versöhnung.

Herr Dombrowski schließt sich zum Härtefallfonds Frau Zupke an. Auch für ihn sei völlig



unverständlich, dass die Zuständigkeit innerhalb der Bundesregierung ungeklärt sei. Ein Härtefallfonds auf Bundesebene stelle durchaus eine Herausforderung dar. Die in vier von fünf neuen Ländern (außer Mecklenburg-Vorpommern) existierenden Härtefallfonds hätten die Aufgabe zu helfen, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft seien. Sie seien sehr unterschiedlich ausgestattet, zeigten aber, dass niemand Angst vor finanzieller Überforderung des Bundeshaushalts haben müsse. Die Zahl der Anspruchsberechtigten nehme täglich ab. Hochgerechnet gehe die UOKG von aktuell 250 Anspruchsberechtigten aus. Selbst wenn diese Zahl zu niedrig liege, werde es jedenfalls nicht um Tausende gehen.

Gebraucht werde der Härtefallfonds vor allem für diejenigen, die zu den bestehenden Infrastrukturen (Landesbeauftragte, Beratungsstellen etc.) keinen Zugang fänden, beispielsweise weil sie in Westdeutschland lebten. Dort gebe es nur in Niedersachsen ein entsprechendes Angebot. Viele SED-Opfer lebten aber heute nicht auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Auch diese Menschen müsse man erreichen, um ihnen zu helfen.

Herr Dombrowski appelliert an die Abgeordneten, den Fonds so auszustatten, dass er sehr flexibel agieren könne. Er müsse für den Einzelfall passende Angebote machen können, um beispielsweise Menschen, die alt geworden sind, noch einmal einen Wunsch zu erfüllen. Den Fonds so zu gestalten sei natürlich eine Herausforderung. Vielleicht könne die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge diesen Fonds verwalten.

Zu den Gründen, warum so wenige Anträge gestellt würden, könne er aus Erfahrung berichten. Der Vorstand der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, in deren Beirat er vor einem Jahr berufen worden sei, wünsche nicht, dass die Anträge der Stiftung bei den Verbänden online gestellt würden. Also erführen zu wenige von den bestehenden Möglichkeiten. Die Stiftung bleibe bis heute verschwiegen, sie verfüge nicht einmal über einen Online-Auftritt. Das finde er falsch, sagt Herr Dombrowski und erklärt, er versuche über den dortigen Beirat zum Umdenken beizutragen.

Prof. Dr. Michael Hollmann (Bundesarchiv) betont, bei dem, was dem Archiv am meisten am Herzen liege, sei es am weitesten: beim Erhalt der Originale. Gleichzeitig gebe es dort die größten Probleme, weil sichere Magazine fehlten. Immerhin sei es am Standort Chemnitz gelungen, Archivgut in einer sicheren, fachgerechten und standardgemäßen Zwischenunterkunft unterzubringen. Alles andere sei schwieriger.

Herr Prof. Dr. Hollmann geht auf die Themen Forschung und Bildung ein und berichtet, konstant gingen jährlich ungefähr 750 Anträge aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung ein. Das Archiv hoffe, dass es noch mehr würden. Es bleibe ein strukturelles Problem, dass man Forscher/-innen nicht einfach an die Akten setzen könne, sondern das Haus mit seiner Fachkunde einschalten müsse, um den Anforderungen des StUG im Sinne des Opferschutzes zu erfüllen. Das mache die Angelegenheit etwas beschwerlicher, gelinge aber gut, jedenfalls gebe es keine Klagen.

Zentrale Aufgabe sei, den Bereich der historisch-politischen Bildung und der Universitäten besser zu erreichen, um das Interesse an diesen Themen zu stärken. Dazu könnten Werke wie die von Dr. Ronny Heidenreich erarbeitete Quellensammlung helfen. Ziel sei es, faktenbasierte Bildung zu ermöglichen. Nicht Hörensagen, sondern mit wissenschaftlicher Sorgfalt zusammengestellte Quellen und sonstige Angebote sollten Antworten für ein breiteres Publikum ermöglichen.

Die sozialen Medien spielten eine große Rolle. Die Zahl derjenigen Dokumente, die das Bundesarchiv über die sozialen Medien veröffentliche, sei in den letzten zwei Jahren deutlich gewachsen. Leider sei die Resonanz nur schwer zu messen, aber es scheine, dass man auf dem richtigen Weg sei. Gerade sei er mit Frau Titze gemeinsam in der Humboldt-Universität gewesen, um über eine formelle Vereinbarung sicherzustellen, dass Studierende regelmäßig in das Bundesarchiv kommen, um über Workshops und andere Formate den Umgang mit Archivgut zu lernen. Es gehe um niedrigschwellige Angebote, um diese Gruppe zu erreichen und die wichtigen Themen an sie heranzutragen.



Alexandra Titze (Vizepräsidentin des Bundesarchivs und Leiterin des Stasi-Unterlagen-Archivs) ergänzt Angaben zur Digitalisierung und zum Umgang mit zerrissenen Stasi-Unterlagen.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv stehe vor großen Herausforderungen. Digitalisierung von Unterlagen erfolge bislang häufig als Digitalisierung on Demand. Das heißt, die eingehenden Anträge bestimmten, welche Unterlagen digitalisiert würden, weil das Archiv Auskünfte regelmäßig digital erteile. Erfreulich sei, dass das Stasi-Unterlagen-Archiv im ersten Halbjahr 2022 mit der sogenannten Programmdigitalisierung seines Schriftguts angefangen haben. Immerhin 111 Kilometer Archivgut des Bundes seien so in Gänze zu erhalten. In Berlin-Lichtenberg sei eine große Digitalisierungs-Werkstatt aufgebaut worden. Auch externe Dienstleistende würden einbezogen.

Von besonderer Bedeutung sei die Karteikartendigitalisierung. Die vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) angelegten Karteikarten bildeten den Schlüssel zu den Stasi-Akten. Jede Recherche führe in eins der 5.400 Karteikarten-Systeme. Insgesamt existierten über 45 Millionen Karteikarten. Mit ihrer Hilfe würden persönliche Schicksale aufgeklärt oder Forschungsanträge bearbeitet. Im Stasi-Unterlagen-Archiv müsse man sich von einer Kartei zur nächsten Kartei vorwärts tasten, weil das MfS in sich konspirativ gearbeitet habe. Der Weg sei weit, aber man habe sich auf die Reise gemacht.

Im Archiv lagerten ungefähr 15.400 Behältnisse mit Schnipseln. Darin lägen schätzungsweise 41 bis 45 Millionen Seiten zerrissene Unterlagen. Die Rekonstruktion sei im Interesse der Opfer und der Aufarbeitung neu ausgerichtet worden. Der bestehende Vertrag mit dem Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (Fraunhofer IKP) sei gekündigt, ein Interessenbekundungsverfahren auf den Weg gebracht. Parallel dazu unternehme das Haus eine Feinsichtung der 15.400 Behältnisse, um die Inhalte in den jeweiligen Säcken zu sichten, damit Prioritäten bei der Rekonstruktion gesetzt werden können.

Im Sinne der Opfer solle die richtige Auswahl getroffen werden.

Dr. Anna Kaminsky (Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) sagt, Bundestagsabgeordnete könnten auf zwei Ebenen etwas tun, um die Auseinandersetzung mit der zweiten Diktatur in Deutschland zu fördern. Im Deutschen Bundestag könne mit Ausschusssitzungen wie der aktuellen, aber auch mit Sitzungen des Plenums verdeutlicht werden, dass die DDR-Geschichte keine Fußnote der deutschen Geschichte sei. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die dadurch hergestellt werde, sei unverzichtbar. Auf der anderen Seite verträten alle Bundestagsabgeordneten Wahlkreise, und Geschichte sei immer konkret. Die Bundesstiftung könne jedes Jahr 120 bis 150 Projekte fördern, der Bedarf sei aber viel größer. Es gebe ein großes Interesse, sich mit der regionalen Geschichte zu befassen.

Die erwähnte Umfrage zeige, dass die Bedeutung des 17. Juni von 80 Prozent der Befragten bundesweit bestätigt werde – auch wenn das konkrete Wissen oft nicht vorhanden sei. Insofern sei die Förderung dezentraler Projekte ein wichtiger Punkt.

Ein zweiter Punkt sei die Wissensvermittlung. Hier könnten Bundestagsabgeordnete über ihre Wahlkreise in den Bundesländern Einfluss nehmen. Die Stiftung kämpfe seit Jahren darum, dass die deutsche Nachkriegsgeschichte prüfungsrelevanter Bestandteil der Lehrpläne der Schulen werde.

Auf Bundesebene sei es gelungen, das Deutsche Richtergesetz zu novellieren. Darin stehe nun, dass die NS-Diktatur und das Unrecht der SED-Diktatur in der juristischen Ausbildung gelehrt werden müssten. Auch an dieser Stelle könne Unterstützung durch Bundestagsabgeordnete hilfreich sein. So sollten die Module ausgebaut werden und sollte die Ausbildung bundeseinheitlich auf einem Niveau stattfinden.

Maria Bering (Abteilungsleiterin bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und



Medien) geht zunächst auf das geplante Mahnmal ein. An vier Stellen sei man aktiv, um das Projekt voranzubringen: 1. Mit dem Beirat für das Mahnmal sei man im regelmäßigen Austausch über die Schritte. Einvernehmlich habe man den Spreebogen als Standort festgelegt. 2. Man müsse sich mit dem zuständigen Bezirksamt einigen, das die Standortwahl grundsätzlich unterstütze. 3. Der Spreebogen-Park sei in seiner Gestaltung urheberrechtlich geschützt. Der gestaltende Architekt habe seinen Sitz in der Schweiz und sehe die Idee, sein Werk anzutasten, kritisch. Immerhin zeige er sich grundsätzlich offen für eine Realisierung des Mahnmals an einem Ort auf dem Spreebogen-Gelände. Man suche aktuell eine einvernehmliche Lösung. Vom endgültigen Standort hänge die Auslobung eines Gestaltungswettbewerbs ab. 4. Innerhalb der Bundesregierung befinde sich das Haus der BKM in engem Kontakt mit dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Außerdem arbeite man mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zusammen.

Auch wenn all das kompliziert klinge, so sei man auf gutem Wege. Sogar einer Änderung des Standorts im Spreebogen ließe sich Positives abgewinnen: Da der Spreebogen-Park über die ehemalige Teilung der Stadt hinwegreiche, könnte eine leicht östliche Verschiebung Charme haben. Frau Bering verspricht, den Ausschuss über die Ergebnisse der „Pendeldiplomatie“ auf dem Laufenden zu halten. Sie bleibe optimistisch, dass es gelinge, im Jahr 2023 zur Auslobung eines Wettbewerbs zu kommen. Dass man überhaupt an diesem Punkt stehe, sei dem einvernehmlichen Votum für den Spreebogen-Park als Standort geschuldet. Diese Einigkeit habe auch den Bezirk überzeugt.

Die **Vorsitzende** lädt zu Wortmeldungen aus den Fraktionen ein.

Abg. **Simona Koß** (SPD) weist darauf hin, dass sich nicht nur der Ausschuss für Kultur und Medien, sondern auch andere Ausschüsse mit den Themen rund um den 17. Juni 1953 befassten. Sie sei froh, dass die Abgeordneten sich mit den Fragestellungen auseinandersetzen. Die Gäste hätten alle an ihrem Platz dazu beigetragen, dass

der 17. Juni wieder in das Gedächtnis der Menschen zurückkehre. Leider sei der Volksaufstand nicht bei allen präsent. Außerdem gebe es im Hinblick auf die Opfer der SED-Diktatur noch vieles zu ergänzen. Mehr Opfergruppen müssten anerkannt, die Renten dynamisiert und unabhängig von Bedürftigkeit ausgezahlt werden. Alle seien sich einig, dass auch gesundheitliche Folgeschäden anerkannt werden müssten.

Beantwortet werden müsse darüber hinaus die Frage, wie mit Sportlerinnen und Sportlern umzugehen sei, denen in ihrer Jugend zur Leistungssteigerung Dopingmittel verabreicht worden seien. Es müsse vermittelt werden, dass Doping oft nicht freiwillig gewesen sei, sondern unter Zwang erfolgte.

Abg. Koß bezieht ihre Fragen auf den 17. Juni, über den mehr Wissen verbreitet sein müsste. Besonders interessiert sie, ob in diesem Kontext die Zeitzeugenarbeit intensiviert werden könnte, um Interesse zu wecken.

Abg. **Dr. Christiane Schenderlein** (CDU/CSU) geht auf den Härtefallfonds ein und richtet die Frage nach dem Sachstand an die Vertreterin der BKM.

Von Frau Dr. Kaminsky will sie mehr über die Nachfrage nach Ausstellungen und Projekten erfahren, die die Bundesstiftung Aufarbeitung anbietet. Ob es wachsendes Interesse aus Westdeutschland gebe, sei interessant.

Herr Prof. Dr. Hollmann habe den Archivstandort Chemnitz erwähnt. Es sei bekannt, dass der Investitionsbedarf in den Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs enorm sei. Vor diesem Hintergrund interessieren Abg. Dr. Schenderlein Machbarkeitsstudien inklusive Zeitplan für die Umsetzung. Frau Zupke soll auf das ehemalige Frauengefängnis Hoheneck eingehen. Der aktuelle Stand und offene Wünsche seien hier von Interesse. Wie die Opferbeauftragte sich zu diesem Gedenkstättenprojekt und zu anderen Themen wie dem Härtefallfonds mit der BKM austausche, soll sie skizzieren.



Abg. **Marlene Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verweist auf die Verabredung der Koalition, die Gedenkstättenkonzeption des Bundes zu überarbeiten. Es solle sowohl um die Gedenkorte als auch um deren pädagogische Konzepte gehen. Welche Erwartungen sie an die BKM und das Konzept richteten, sollen Frau Zupke und Frau Dr. Kaminsky angeben.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD) hört zwischen den Zeilen heraus, dass die Schwierigkeiten bei der Realisierung des Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft längst nicht ausgeräumt seien. Dabei wäre es schön, wenn die Opfer die Einweihung des Denkmals noch erleben könnten.

Ähnlich stelle sich die Situation mit Blick auf die Aktenschnipsel dar. Ihn interessiere der Stand des Rechtsstreits mit Fraunhofer IKP. Das Institut habe ausdrücklich der Bewertung der BKM und des Bundesrechnungshofs (BRH, vgl. 20/6530) widersprochen, das Rekonstruktionsprojekt sei gescheitert. Ob angesichts dessen ein schlichter Neuanfang möglich sei, sei fraglich. Auftrag sei jedenfalls, die Erschließung der zerrissenen Akten noch zu Lebzeiten der Stasi-Opfer zu erledigen. Deshalb interessiere ihn der zeitliche Rahmen für das Rekonstruktionsprojekt. Der BRH habe mit seiner Bewertung die Arbeit der BKM ungewöhnlich scharf kritisiert.

Frau Titze habe 45 Millionen Karteikarten erwähnt. Sie möge spezifizieren, ob darin 45 Millionen Einzelschicksale gespiegelt würden oder es pro Person diverse Karteikarten gebe.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP) bittet die Gäste, ihr Engagement dafür fortzusetzen, die Erinnerung an den 17. Juni 1953 wachzuhalten. Da auch die internationale Zusammenarbeit sehr wichtig sei, fragt Abg. Hacker danach, welche deutschen Erfahrungen genutzt werden könnten, um andere Länder bei der Aufarbeitung ihrer Geschichte zu unterstützen.

An die Union gewandt, hebt Abg. Hacker hervor, dass es in der Vergangenheit üblich gewesen sei,

bei wichtigen Themen Beschlüsse mit breiter Mehrheit auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages aus der Mitte des Hauses zu fassen. Er habe dies in seiner früheren Rolle des Oppositionspolitikers immer als wohltuend empfunden. Die Koalition habe daher das Angebot zu einem gemeinsamen Antrag gemacht, bevor sie eine eigene Initiative (20/7202) eingebracht habe. Die CDU/CSU-Fraktion habe sich gleichwohl für einen eigenen Antrag (20/7188) entschieden. Das sei schade. Der Sache wäre es gerecht geworden, die Einheit des Parlaments zu demonstrieren.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.) knüpft an Bemerkungen der Opferbeauftragten an, die Opfergruppen müssten weiter gefasst werden. Sie bittet um Beispiele für Verfolgungsschicksale mit besonderen Schwierigkeiten. Die Fraktion DIE LINKE. habe bei der Erarbeitung von Anträgen zur Rentenüberführung die Erfahrung gemacht, wie schwer es sei, allen Gruppen gerecht zu werden. Möglicherweise gehe es der Opferbeauftragten genauso.

Bei Frau Dr. Kaminsky erkundigt sich Abg. Dr. Sitte, was auf politischer Ebene geschehen müsse, um die DDR-Geschichte besser an jüngere Generationen zu vermitteln. Soziale Medien und künstliche Intelligenz ermöglichten beeindruckende Formate, die beispielsweise für die Zeitzeugendarstellungen zur NS-Geschichte genutzt würden. Das sei teuer, vielleicht aber schon angedacht für die DDR-Geschichte.

Schließlich interessiert Abg. Dr. Sitte, welche Diskursräume zusätzlich geschaffen werden sollten. Abschließend fragt sie, was sich für den Umgang mit Diktaturen lernen lasse. Beispielsweise werde im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung über die Zusammenarbeit zwischen deutschen und chinesischen Hochschulen diskutiert. Den Mitgliedern dieses Ausschusses müsse dabei das dreifache Machgefüge in China vor Augen geführt werden: Offizielle staatliche Behörden, Partei und Geheimdienst müssten stets parallel gedacht werden. Daher sei auch dieser Aspekt interessant.



Die **Vorsitzende** bittet die Gäste, auf die an sie gerichteten Fragen einzugehen.

Evelyn Zupke (Opferbeauftragte) berichtet, zur Gedenkstätte Hoheneck gebe es keinen signifikant neuen Stand. Sie plane, sich demnächst förmlich an die BKM zu wenden mit der Bitte um einen Sachstand inklusive Planung und Mittelverwendung. Es liege ihr sehr am Herzen, das die ehemalige DDR-Frauenhaftanstalt Hoheneck als Gedenkstätte von nationaler Bedeutung eingestuft werde, wo an den Widerstand von Frauen erinnert werde. Außerdem hoffe sie, dass das Bundesland (Sachsen) sich engagiere. Sie werde die Sache weiterverfolgen. Womöglich könne Frau Bering Informationen ergänzen.

Für eine überarbeitete Gedenkstättenkonzeption wünsche sie sich, dass der frühe Widerstand mehr Bedeutung gewinne. Gemeint seien vor allem die Gedenkstätten mit doppelter Vergangenheit wie die Speziallager. Es liege einiges im Argen im Hinblick auf die inhaltliche Diskussion, auf Forschung und Vermittlung. Die frühe Phase der Diktatur sei bei vielen Menschen ein blinder Fleck. Dabei seien Tausende und Zehntausende zu Unrecht zu Tode gekommen. Es könne mit der Bearbeitung dieses Themas dem Mythos entgegenwirkt werden, in der SBZ/DDR habe alles gut angefangen, erst später sei man auf die schiefe Bahn geraten.

Junge Menschen anzusprechen sei natürlich immer wichtig. In die Gedenkveranstaltung, die am 16. Juni im Deutschen Bundestag stattfindet, würden junge Menschen einbezogen. Sie träten stellvertretend für Zeitzeugen auf und verläsen Biografien. Sie mache gute Erfahrungen damit, junge Menschen zu beteiligen. Nicht alle, aber sehr viele zeigten Interesse, wenn sie Gelegenheit erhielten, sich mit der Thematik zu befassen. Das habe sie selbst als Zeitzeugin erlebt, als sie ehrenamtlich mit jungen Leuten gearbeitet habe.

Hinzu kämen Punkte, die Frau Dr. Kaminsky aufgeführt habe. Natürlich lege die Bildung den Grundstein und spiele Prüfungsrelevanz eine wichtige Rolle.

Eigentlich sei es nicht richtig, von neuen Opfergruppen zu sprechen. Die Opfer habe es schon immer gegeben, nur seien einige nicht erkannt und beachtet worden. Als Beispiel seien die Dopingopfer zu nennen. Obwohl diese Gruppe durchaus nicht unumstritten sei, setze sie sich dafür ein, sie in die verwaltungsrechtliche Rehabilitation aufzunehmen. Oft seien Minderjährige gegen oder ohne ihr Wissen gedopt und damit staatlich missbraucht worden. Es gebe immer mehr Forschung, die belege, welche massiven gesundheitlichen Schäden diese Menschen davongetragen hätten.

Hinzu komme die Gruppe der Zwangsausgesiedelten. Diese Gruppe sei sehr überschaubar. Sie setze sich dafür ein, dass diese Gruppe analog zu anderen Opfergruppen, zum Beispiel den Zersetzungsoffern, eine Einmalzahlung erhalte. Menschen, die im Westen Opfer der Stasi-Zersetzung geworden seien, gebe es übrigens ebenfalls, wenn auch nur wenige. Auch dieses Thema sollte aufgegriffen werden. Im Petitionsausschuss sei es neulich in einer Berichterstattungsrunde um Menschen gegangen, die vom Fremdrengengesetz betroffen seien, um Menschen, die vom Osten in den Westen geflohen, die ausgereist oder freigekauft worden seien. Sie seien in das westliche Rentensystem eingegliedert worden und im Zuge des Einigungsvertrages wieder zurückgestuft worden. Sie könne deren Anliegen verstehen und werbe dafür, die Forderungen dieser Gruppe politisch aufzugreifen.

Dieter Dombrowski (UOKG) geht auf die Frage ein, wie die Beschäftigung mit dem 17. Juni 1953 gefördert werden könnte und berichtet von Erfahrungen aus Brandenburg. Dort habe der Landtag das Bildungsministerium motiviert, der DDR-Geschichte schon für die zehnte Klasse Prüfungsrelevanz zu verschaffen. Das sei wichtig gewesen, weil sich zwar Schüler/-innen, die bis zum Abitur lernten, irgendwann in ihrer Schullaufbahn mit dem 17. Juni 1953 hätten beschäftigen müssen. Für diejenigen, die nach der zehnten Klasse die Schulen verließen, sei das dagegen nicht sichergestellt gewesen. Konterkariert werden könne das Ziel aber immer noch durch banale Dinge wie Unterrichtsausfall.



Ein weiterer wichtiger Punkt sei, dass es an den Universitäten keinen Lehrstuhl zur Funktionsweise der DDR gebe. Was an den Hochschulen nicht gelehrt werde, könne in den Schulen nicht vermittelt werden.

Am Ende komme es auf die einzelnen Lehrerinnen und Lehrer an. Kinder und Jugendliche ließen sich begeistern, wenn sie richtig angesprochen würden. Das bestätigten junge Leute im Gespräch selbst. Wenn es keinen Lehrer/keine Lehrerin gebe, der/die sich für ein Thema begeistere, dann finde es kein Interesse.

Herr Dombrowski weist abschließend darauf hin, dass die Ausschussvorsitzende auch Vorsitzende des Beratungsgremiums sei, das die Eingliederung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv begleite, er selbst sei stellvertretender Vorsitzender dieses Gremiums. Dieses Gremium engagiere sich stark für die Rekonstruktion der zerrissenen Stasi-Unterlagen. Um dabei weiterzukommen, sei ein neuer Aufschlag nötig. Der alte Ansatz mit Fraunhofer IKP sei erschöpft. Die Aufgabe bleibe eine Herausforderung. Herr Dombrowski bittet die Abgeordneten, trotz der langen Vorgeschichte die Geduld nicht zu verlieren. Irgendwann werde die Rekonstruktion wieder Geld kosten, dann würden die Abgeordneten gebraucht.

Prof. Dr. Michael Hollmann (Bundesarchiv) skizziert den Rechtsstreit mit Fraunhofer IPK. Es gehe im Kern darum, Bestellung und Leistung zu vergleichen. Das Bundesarchiv sage nicht, dass die Arbeit des Instituts nicht zu guten Ergebnissen geführt habe. Allerdings seien diese Resultate nicht bestellt gewesen. Da das Bundesarchiv mit den Ergebnissen nicht weiterarbeiten könne, setze man neu an. Man mache sich zügig mit den neuen technischen Möglichkeiten grundlegend vertraut. Ein Zeitpunkt, wann man das Problem im Griff haben werde, lasse sich noch nicht nennen.

Für den Bau der Archivstandorte lägen inzwischen die Machbarkeitsstudien vor und man erstelle eine Gesamtvorlage, die bei der BKM eingereicht werde. Weitere Schritte erforderten finanzielle Mittel.

Alles müsse als Paket besprochen werden, da in der Folge zusätzliche Aufgaben für das Bundesarchiv entstünden.

Alexandra Titze (Bundesarchiv) geht auf die angesprochenen über 40 Millionen Karteikarten ein. Diese bildeten keine Einzelschicksale ab. Es gebe mehrere zentrale Karteien. Wenn eine Person einen Antrag stelle, suche man zunächst in der Personenkartei nach dem Namen. Auf der entsprechenden Karte stünden nur persönliche Daten und eine Registriernummer. Diese Nummer führe zu einer zweiten Kartei, aus der beispielsweise ersichtlich werde, ob dem Namen eine Opferstellung oder eine Täterstellung zugeordnet sei. Mehrere Karteien führten also zur Akte. Hinzu komme ein System zur Entschlüsselung von Decknamen, um Auskunft über die IM (die Inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter) geben zu können.

Dr. Anna Kaminsky (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) fordert, dass die Vermittlung der deutschen Nachkriegsgeschichte und insbesondere der Diktatur in SBZ und DDR in der Lehrerausbildung und im Geschichtsstudium vorkommen müssen. Sie bekomme immer wieder Rückmeldungen, dass diese Themen im Studium sehr stiefmütterlich behandelt würden.

Ein weiteres wichtiges Thema sei der Einsatz von Zeitzeugen in der schulischen Bildung. Für die Zeit der sowjetischen Speziallager gebe es kaum noch Zeitzeugen. Der diesjährige Jahrestag des 17. Juni werde möglicherweise der letzte seiner Art sein, an dem man Zeitzeugen erleben könne.

Seit einigen Jahren würden Zeitzeugen-Interviews digitalisiert. Es gebe Hunderte davon, die nur als Tonaufnahmen vorlägen. Teilweise werde versucht, bei den Digitalfassungen mit Avataren zu arbeiten. Die Meinung dazu sei gespalten. Die Stiftung setze viele Filme ein, in denen Zeitzeugen Geschichte lebendig machten.

Viele junge Menschen nutzten nicht mehr die herkömmlichen Informationsmittel. Sie informierten sich über Social-Media-Kanäle.



Man müsse sich mit Formaten wie „heeyleonie“ von Leonie Schöler auf TikTok vertraut machen, die rund 430.000 Follower mit historischen Themen erreiche. Viele Einrichtungen stellten nur Content bereit. Es werde jedoch Interaktion erwartet.

Sie verweist auf den Hashtag Kommunismus bei Twitter, dort fänden sich viele Falschinformationen und Verklärungen. Um dem entgegenzuwirken, brauche man eigene Ressourcen, die die meisten Einrichtungen nicht hätten.

Zum Umgang mit Kontroversen verweist Frau Dr. Kaminsky auf den Beutelsbacher Konsens. Er besage sinngemäß: Was in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werde, müsse auch die Stiftung kontrovers aufgreifen. Als Beispiel nennt sie die Diskussionsreihe der Stiftung „Wir müssen reden“. Die kontrovers aufbereiteten Themen kämen sehr gut an, vor allem junge Menschen könnten sich so eine eigene Meinung bilden.

Die seit 2008 geltende Gedenkstättenkonzeption des Bundes habe große Wirkung entfaltet. Mittlerweile seien viele Gedenkstätten zu außerschulischen Lernorten geworden, die schulische Bildung teilweise ersetzen. Das sei eine Überforderung der Gedenkstätten. Mit der BKM habe man dazu viele Gespräche geführt.

Es existierten zwei Standbeine der Gedenkstättenförderung: die institutionelle Förderung mit je 50 Prozent von Bund und Land sowie die Förderung konkreter Projekte. Zu bedenken sei, dass es die zweite Diktatur nur im ostdeutschen Teil des Landes gegeben habe, wo es entsprechend mehr Gedenkstätten gebe. Sie wünsche sich eine Flexibilisierung der Gedenkstättenförderung des Bundes, die auch an der Dichte der Gedenkstätten in einem Bundesland ausgerichtet sein sollte.

Die Bundesstiftung müsse sich gemäß gesetzlichem Auftrag mit Diktaturen weltweit auseinandersetzen. Zu Recht gelte die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Aufarbeitungs- und Erinnerungskultur international als Vorbild. Zum einen

habe die Auseinandersetzung mit der Diktaturgeschichte einen hohen Stellenwert auf der politischen Ebene. Zum anderen würden die diesbezüglichen Strukturen gestärkt. Im Ausland berichte die Stiftung darüber, dass die Stärke der hiesigen Erinnerungslandschaft in ihrer dezentralen und zivilgesellschaftlichen Struktur liege. Zudem werbe man für die parteipolitische Unabhängigkeit der Aufarbeitung.

Maria Bering (BKM) sagt, dass die BKM nicht für den Härtefallfonds zuständig sei. Die Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck habe für die BKM hohe Priorität. 2019 sei im Rahmen der geltenden Gedenkstättenkonzeption Unterstützung durch den Bund bewilligt worden. Das Projekt sei nur mühsam in Gang gekommen. Den aktuellen Sachstand werde sie Frau Zupke zukommen lassen. Sie höre gern von Unterstützung zur Aufnahme in die institutionelle Förderung und werde dieses Plädoyer für weitere Überlegungen mitnehmen. Alle Anregungen für die Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption seien willkommen.

Abschließend korrigiert Frau Bering, dass die institutionelle Förderung durch den Bund nicht immer 50 Prozent erreiche, sondern bei „bis zu“ 50 Prozent liege. Unterschiede seien historisch gewachsen.

Die **Vorsitzende** dankt Gästen und Ausschussmitgliedern. Es sei deutlich geworden, dass sich die Abgeordneten der Bedeutung des 17. Juni bewusst seien.

Die gesellschaftliche Anerkennung, das Gedenken und Erinnern durch ein Mahnmal müsse durch die gute Arbeit einer Stiftung, die Evaluierung der Rehabilitierungsgesetze und zusätzliche Forschung ergänzt werden. Darüber hinaus seien Opposition und Widerstand als unabhängige Bewegung gegen die Diktatur bedeutsam. Der Ausschuss habe bereits mehrfach darüber beraten.

Auf die angekündigten Berichte freuten sich die Mitglieder des Ausschusses. Man werde sich intensiv damit auseinandersetzen.



Im Anschluss gehe es im Parlament darum, die darin aufgezeigten Maßnahmen umzusetzen.

Die Vorsitzende stimmt Frau Zupke zu, dass das Gesetz zur Errichtung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratieggeschichte“ ergänzt werden müsse. Dem Ausschuss sei bewusst, dass es eine Fehlstelle gebe. Die Abgeordneten nähmen das Thema in ihre jeweiligen Fraktionen mit.

Tagesordnungspunkt 2

a) Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof

Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2022 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Haushaltsrechnung und zur Vermögensrechnung 2021)

BT-Drucksache 20/4880

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Kenntnisnahme.

b) Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof

Bemerkungen 2022 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes – Ergänzungsband –

BT-Drucksache 20/6530

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Kenntnisnahme.

Schluss der Sitzung: 16:30 Uhr

Katrin Budde, MdB
Vorsitzende